

Geschäftsstunden: Redaktion von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends, Anzeigenteil und Expedition 8-12 Uhr vorm. und 3-7 Uhr nachm., Druckerei 8-1 Uhr und 3-6 1/2 Uhr.

Preis für die Anzeigenzeile oder deren Raum 60 Pf. zuzüglich 10% für die Reklameweile oder deren Raum 3 A / Kriegsausschlag

Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten vorgeschriebenen Tagen oder für bestimmte bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.
Haupt-Expedition: Bralls Straße 64. — Postschloß-Konto 250.

Haupt-Agenturen: Koblenz C. Heidenheim, Lohrstr. 129, Krefeld J.F. Houben, Lennep Ad. Mann, Mainz Mainzer Verlagsanstalt, Mannheim D. Frenz, Mülheim (Ruhr) H. Baedekers Buchhdl., M. Gladbach E. Schellmann, Neus H. Garenfeld, Neuwied Felix Trumm, Romscheid C. A. Kochenrath, Rhodt O. Berger, Ruhrort Andreas & Co. Saarbrücken J. C. Schüller, Sulzbachstr. 15, Siegburg W. Brinck, Markt 15, Solingen Ed. Elven, Wiesbaden H. Dieß. — **Sonst. Vertret. in Deutschland:** in allen gr. St. Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., G. m. b. H., Invalidendank, Bremen Herm. Wölker, Willi. Scheller.

Kriegskosten und Steuern. IV.

Indirekte Steuern und Monopole.

Der finanzielle Pessimismus ist unberechtigt: so riesengroß auch die Summen sind, die wir aufzubringen haben, unsre militärische Lage gibt uns die Sicherheit, daß sich unsre Feinde an der Wiederrichtung beteiligen müssen, und unser Verhalten im Krieg hinter der Front bietet die Aussicht, daß wir nach dem Krieg erheblich mehr leisten und deshalb auch zahlen können als in unserm raschen Aufstieg bis 1914. In Zahlen läßt sich das etwa so ausdrücken: Wenn wir auch nach dem Krieg allein im Reiche einen Ausgabeetat von 15 Milliarden Mark haben werden, so wird davon doch etwa ein Drittel durch eine Kriegsschädigung gedeckt werden; die übrigbleibende Summe wird sich allmählich verringern, während die steuerliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung sich durch vermehrte Arbeit heben wird.

So bieten die Etatzahlen kein verzweifertes Bild mehr, sondern nur noch ein ernstes. Wir werden, in den Friedensstand zurückgekehrt, einige Milliarden neuer Steuern aufbringen müssen, Steuern von einer Ergiebigkeit, wie man sie vor dem Krieg überhaupt nicht kannte. Der Grundsatz: die direkten Steuern den Einzelstaaten, die indirekten dem Reich, der schon längst durchlöchert war, muß wohl oder übel aufgegeben werden. Das Reich hat die Gelder in den drei Kriegsjahren gegeben, ohne nach der Höhe zu fragen; ihm müssen sie jetzt auch ersetzt werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie aus direkten oder indirekten Quellen fließen. Die Einzelstaaten befinden sich im Vergleich zum Reich in einer glücklichen finanziellen Verfassung; ihnen weiterhin das Recht der direkten Besteuerung des Einkommens und des Vermögens vorbehalten zu wollen, würde wohl die Lösung des Reichsfinanzproblems unlösbar machen. Aber auch die andre Seite muß umlernen. Eine sozialpolitisch orientierte Steuertheorie hatte vor dem Krieg den Grundsatz aufgestellt, daß das Reich seine Ausgaben zum allergrößten Teile aus Zöllen und indirekten Steuern decke, so würden sowohl absolut wie relativ die breiten und minderbemittelten Schichten des Volkes am meisten gedrückt, und mit der Einführung neuer indirekter Steuern müsse deshalb unbedingt Schluß gemacht werden. Was die Steuerpolitik des Reichs angeht, so hat diese Behauptung zu einem Teil recht; für die Gesamtbelastung des deutschen Bürgers aber durch Reichs-, Staats- und Kommunalsteuern trifft, wie der Innsbrucker Nationalökonom Gerloff noch vor kurzem bewiesen hat, diese Annahme nicht mehr zu. Von 1907 bis 1913 ist die Summe der sämtlichen direkten Steuern in Deutschland von 1615 Millionen Mark auf 2952 Millionen Mark gestiegen, während die Summe der indirekten Steuern sich von 1654 Millionen auf 2126 Millionen Mark erhöhte. Der Anteil der direkten Steuern an dem gesamten Steueraufkommen von 3270 Millionen Mark stieg also von 49,41 Prozent auf 58,14 Prozent, während der Anteil der indirekten Steuern an der Gesamtsumme von 50,59 Prozent auf 41,86 Prozent zurückging. Im Jahre 1907 fielen an Steuern, direkten und indirekten, in Deutschland 52,75 M auf den Kopf der Bevölkerung und im Jahre 1913 75,83 M einschließlich Wehrbeitrag und 71,12 M ohne den letztern. Während aber 1907 an direkten Steuern einschließlich Erbschaftssteuern 26,07 M auf den Kopf fielen, waren es im Jahre 1913 schon 44,09 M (ohne Wehrbeitrag 39,38 M), wogegen die indirekten Steuern von 26,68 M auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1907 nur auf 31,75 M im Jahre 1913 gestiegen sind.

Man soll diesen Zahlen ihre Bedeutung lassen; sie legt darin, daß wir in Deutschland vor dem Krieg aus sozialen Gründen immer weniger aus der reichsfließenden Quelle der indirekten Steuern geschöpft haben, und daß wir deshalb hier einen einigermaßen gefüllten Brunnen vor uns haben, an dem wir nicht vorübergehen dürfen. Es gibt einen guten Begriff von der Ergiebigkeit dieser Verbrauchssteuern, daß man aus der dem Reichstag vorliegenden Kohlensteuer 500 Millionen Mark herausholen will. Die Kohlensteuer belastet zum guten Teil die staatlichen Eisenbahnverwaltungen, zu einem andern die mit großen Gewinnen arbeitenden Kriegsindustrien und nur zu einem verhältnismäßig kleinen Teil die Einzelhaushaltungen. Nur deshalb darf man ihr auch zustimmen. Jedenfalls ist davor zu warnen, während des Kriegs und auch noch in der ersten Zeit nach seiner Beendigung den notwendigen Massenverbrauch noch weiter zu belasten. Die Lebensführung ist durch die hohen Preise noch auf lange hinaus so verteuert, daß der Staat alles tun muß, um sie zu erleichtern und zu verbessern, und alles vermeiden muß, was sie erschweren kann. Anders verhält es sich schon mit den entbehrlichen Genussmitteln wie Tabak, Bier und Schnaps. Die günstigen Erfahrungen, die unsre Finanzminister mit diesen Steuerarten gemacht haben, werden sie bald wieder auf diese Fährte bringen,

wobei allerdings zu bedenken bleibt, daß die auf andere Gründe zurückzuführende dauernde Preiserhöhung dieser Genussmittel schon zu einer erheblichen Verbrauchseinschränkung führen wird.

Rücksichtslos zugreifen aber sollte die Reichsregierung, sobald ihr Zeit und Beamte wieder zur Verfügung stehen, bei der Besteuerung aller Luxusbefriedigung. Finanziell wird wahrscheinlich nicht viel herauskommen. Diese Erfahrung hat man bei allen Luxussteuern schon bisher gemacht. Die Schaumweinsteuer hat zum Beispiel im Frieden nur 10 Millionen Mark erbracht, die Spielkartensteuer sogar nur 2 Millionen Mark. Aber diese Steuern sind nach diesem Kriege erst in zweiter Linie Finanzquellen, zunächst sollen sie jetzt Erziehungssteuern zur Sparsamkeit werden. Wenn man deshalb allen Luxus erfasst und auch bei der Bemessung der Steuerhöhe die Schüchternheit verliert, dann erreicht man das doppelte Ziel einer Verminderung der überflüssigen Ausgaben und einer Erhöhung der Staatseinnahmen. Man kann ein warmer Freund und Förderer des Sports sein und dennoch die Ansicht vertreten, daß aus seiner Ausübung erheblich mehr gezogen werden kann als bisher gesehen ist. Die großen Summen, die bisher für Wetten nach Frankreich geflossen sind, müssen unter allen Umständen im Lande zurückgehalten werden. Wer sich ein Reispferd oder einen Luxushund hält, wer sein Vergnügen auf der Jagd findet, wer eine Flasche französischen Rotweins trinkt oder eine Partie Billard spielt, der soll auch eine entsprechende Abgabe zahlen; es bleibt ihm ja immer unbenommen, auf den Luxus zu verzichten. Wir müssen unsrer Staatsgefinnung nach der Richtung ein gut Stück Spartanertum einverleiben. Die wissenschaftliche Überzeugung von der Unergiebigkeit der Luxussteuern muß zurücktreten hinter der Hoffnung, daß man durch steuerliche Maßnahmen auf die einfachste Art das Volk zur Sparsamkeit und Arbeitsamkeit anhalten kann.

Wenn wir deshalb auch eine Erhöhung und Ausdehnung der Verbrauchsaufgaben, soweit sie nicht die Güter des unbedingt notwendigen Massenverbrauchs belasten, und eine durchgreifende Luxusbesteuerung verlangen, so sind wir uns nicht im unklaren darüber, daß damit erhebliche Beiträge für einen 10-Milliarden-Etat nicht gewonnen werden können. Man wird deshalb den Weg zu Monopolen finden müssen. Für sie gilt daselbe, was wir oben für die Zuteilung der direkten und indirekten Steuern zum Reich und den Einzelstaaten gesagt haben; diese Fragen haben aufgehört, Fragen grundsätzlicher Erörterungen zu sein, sie müssen nach der Zweckmäßigkeit erörtert werden. Entscheidend bleibt: fahren Reich und Volkswirtschaft gut dabei, wenn ein Gewerbe in staatlichen Betrieb und unter staatliche Leitung gebracht wird oder ist ein Niedergang des Gewerbes zu befürchten. Der Einführung von Reichsmonopolen steht hauptsächlich das Bedenken entgegen, daß das Reich jetzt schwer die Mittel aufbringen kann, um die bisherigen Betriebsinhaber angemessen zu entschädigen, andererseits spricht dafür, daß, wenn das Reich sich den Gewinn aus ertragreichen Gewerben sicherte, es über die Not der nächsten Zeit am leichtesten hinwegkäme. Aber die einzelnen Monopolpläne wäre manches zu sagen; wir enthalten uns dessen und sagen nur, daß das Reich bei vielen Gewerben den Anschluß verpasst hat und andere nur unter der Gefahr übernehmen könnte, ihre Blüte zu zerstören. Die verkehrte Politik gegenüber der Kali-Industrie hat zu einer solchen Überproduktion geführt, daß in Friedenszeiten von einem ertragreichen Kali-Monopol nicht mehr die Rede sein kann.

Ähnliches gilt auch von einem Branntweinmonopol, dessen Zustandekommen dem Reiche durch eigne Schuld so teuer zu stehen kommen würde, daß man sich keine anständige Rente mehr daraus versprechen könnte. Das Petroleummonopol halten wir für überlebt; das Versicherungsmonopol technisch für undurchführbar. Zu erörtern wäre, neben kleineren Monopolen wie dem Zigaretten- und den Zündholzmonopolen, vor allem ein Produktionsmonopol für Elektrizität, über das, wie die auseinandergehenden Meinungen des preußischen Eisenbahnministers und des Reichsschatzsekretärs noch in diesen Tagen gezeigt haben, bisher kein Einvernehmen erzielt worden ist, das aber von ersten Fachleuten für möglich und höchst ertragreich gehalten wird. Andere Industrien wie die chemische und die der Kohlen, und Gewerbe wie das Schiffahrtsgewerbe haben nach dem Kriege ein solches Maß von Intelligenz und Kühnheit im Wettbewerb mit dem Auslande zu beweisen, daß wir ihnen den schöpferischen und verantwortlichen Unternehmerkopf erhalten möchten. Daß das Reich oder der Staat nicht schlechtweg ungeeignet sind zum Betriebsleiter und -unternehmer, das haben sie bei der Eisenbahn und der Post bewiesen; wo es aber auf den Wettbewerb mit dem Auslande ankommt, da sind sie den Beweis der Über-